

DER TAGESSPIEGEL

AnsichtskATER



VON HATICE AKYÜN

Warum Bildung auf meine Kosten geht

Meine Tochter geht auf eine Privatschule. Die Entscheidung, aus dem staatlichen Schulangebot auszusteigen, trägt sicherlich dazu bei, dass die soziale Durchmischung an Berliner Schulen weiter abnimmt. Das ist mir bewusst. Aber ganz ehrlich: Es ist die vom Munde abgesparte Notwehrreaktion einer Mutter, die den Glauben an die Berliner Bildungspolitik verloren hat. Seit ich in Berlin lebe, dreht sich die Bildungsmisere im Kreis. Trotz aller Bekundungen ändert sich nichts. JüL, Schreiben nach Gehör, Einschulung mit 5, Lehrer-Quereinsteiger und andere Bildungs-Laborversuche, die woanders schon mal schiefgelaufen sind, müssen in Berlin noch mal konsequent an die Wand gefahren werden.

Das hat mich über die Jahre als Mutter müde gemacht. Deshalb hat mich die aktuelle Meldung, dass in den nächsten zwei Jahren 26 000 Plätze fehlen werden, auch überhaupt nicht schockiert. Es passiert ja nicht ganz plötzlich, dass ein Kind sechs Jahre nach der Geburt in die Schule kommt. Entschuldigen Sie meine Polemik, aber anders hält man das alles ja nicht mehr aus. Ja, die soziale Spaltung der Gesellschaft steigt, wenn Eltern sich für eine private Schule entscheiden.

Nicht toll, aber nötig: Meine Tochter ist auf einer Privatschule

Aber dass sie überhaupt eine private Schule in Erwägung ziehen müssen, obwohl sie es gar nicht wollen, dafür tragen die Verantwortlichen einer jahrzehntelangen desaströsen Bildungspolitik ganz allein die Verantwortung.

Ich war in Duisburg auf einer staatlichen Grundschule und saß als Arbeiterkind neben einem Bankdirektorkind. Später war ich auf einer Hauptschule, auf der ich mittlere Reife gemacht habe und für die Ausbildung als Justizangestellte fit gemacht

wurde. Meine Schule war gut ausgestattet: die Toiletten sauber, die Turnhalle intakt, die Lehrer ausgebildet und kaum Unterrichtsausfall. So wie heute – dann aber an Privatschulen.

Seit Jahren findet die Flucht der Eltern aus den öffentlichen Schulen statt. Mittlerweile gehen zehn Prozent der Berliner Schüler und Schülerinnen auf eine private Schule, in kürzester Zeit hat sich die Zahl verdoppelt. Aus Elterninitiativen entstandene Schulen gehören genauso dazu wie die internationalen, Waldorf, Montessori und Schulen in kirchlicher Trägerschaft. Dabei spielt der sogenannte nichtdeutsche Anteil für die Eltern überhaupt keine Rolle, denn so gut wie jeder hat einen Migrationshintergrund.

Seit Jahren bestätigen Studien, Pisa und warnt die OECD, dass in keinem anderen Land der Bildungsabschluss der Eltern und deren sozialer Stand die Zukunftschancen der Kinder bestimmt. Schon komisch, nirgendwo klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie im Bildungssystem. Daran ändern die gut gemeinten Sonntagsreden auch nichts. Soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen kann man eben nur erreichen, wenn Geld in die Lehrer, die Ausstattung und die Gebäude investiert wird. Das ist einfachste Mathematik.

Wenn Bildungsziele formuliert werden, geht es um wertvolle Ressourcen, um Potenziale. Geld ist nicht alles, aber fast alles ist ohne Geld nichts. Das, was heute an einem Schüler gespart wird, zahlt der Staat an Sozialleistungen später mehrfach drauf. Jeder Euro in Bildung ist also keine Ausgabe, sondern eine gute Anlage in die Zukunft. Meine einzige Hoffnung ist, dass Kinder, egal ob an einer privaten oder an einer staatlichen Schule, Lehrer finden, die für sie Vorbild werden und ihnen Wertschätzung entgegenbringen. Dann klappt es vielleicht mit der sozialen Gerechtigkeit.

STUTTMANN



Die Grünen als Evergreen

Unbeachtete Aspekte zeigen: Der Umfrage-Höhenflug lässt sich in Stimmen umsetzen

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, würden die Grünen 25 Prozent der Stimmen erzielen – womit sie sich auf ihrem gleichbleibend hohen Niveau behaupten könnten. Das ergab die Sonntagsfrage der Forschungsgruppe Wahlen (weitere Ergebnisse, siehe Seite 1). Damit hätte eine Koalition aus CDU/CSU (Sonntagsfrage: 28 Prozent) und Grünen weiterhin als einziges Zweierbündnis eine klare Mehrheit.

In ihrem Gastbeitrag analysieren unsere Autoren, die Politikwissenschaftler an der Universität Mannheim sind, die Machtperspektive, die sich daraus ergibt.

VON THOMAS GSCHWEND, MARCEL NEUNHOEFFER UND MARIE-LOU SOHNIS

Im Bundestag stellen sie immer noch die kleinste Fraktion. Seit Wochen aber schneiden die Grünen in Wahlumfragen bundesweit sehr gut ab. In einigen Umfragen sogar ähnlich gut wie die Union. Das liegt auch an der Bedeutung des Klimathemas – der nächste Jahrhundert-sommer innerhalb von zwei Jahren und Fridays for Future lassen grüßen – sowie der Stellung der Grünen im Parteiensystem als Anti-AfD.

Außerdem gibt es, wie in der Wirtschaft, auch in der öffentlichen Wahrnehmung von Parteien Konjunkturzyklen. Oppositionsparteien punkten normalerweise dann, wenn es nichts zu gewinnen gibt; also besonders wie derzeit eben, zur Mitte der Legislaturperiode. Insbesondere die Grünen konnten sich schon oft als Halbzeit-Umfrageköniginnen feiern lassen, nur um dann bis zum nächsten Wahltag doch keine Stimmen daraus schlagen zu können. Stimmungen gewinnen eben keine Wahlen, vor allem wenn keine Wahlen anstehen. Und wie sieht es dieses Mal mit den Grünen aus? Plus ça change, also?

Die Partei kann von der Frauenschwäche der Konkurrenz profitieren

Wir glauben, dass es sich lohnt, den Blick auf einige unbeachtete Aspekte zu lenken, warum der derzeitige Hype der Grünen sich bei der nächsten Wahl auch tatsächlich in Stimmen auf hohem Niveau umsetzen lassen könnte. Da ist zum einen das „Sisterhood Potential“ der Grünen. Die Partei vereint glaubhaft Personen und Inhalte und kann so von der Frauenschwäche der Konkurrenz profi-

tieren. Angela Merkels Frauenbonus, auf den sie sich in den vergangenen Wahlen verlassen konnte, verblasst bereits deutlich. Bei der letzten Bundestagswahl hatte die CDU in absoluten Stimmen etwa 35 Prozent mehr Wählerinnen als Wähler.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass sich das Geschlechterverhältnis der CDU von Unterstützerinnen einerseits und Unterstützern andererseits wieder deutlich in Richtung der Männer verschoben hat. Das überrascht nicht. Warum sollten moderne Frauen weiterhin die CDU unterstützen? Es ist schon richtig, keine andere Partei kann derzeit so viel weibliche Macht demonstrieren wie die CDU mit dem Trio Angela Merkel, Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer. Den ehemaligen Unterstützerinnen von Merkel bleibt aber Folgendes nicht verborgen: Angela Merkel tritt nicht wieder an, Ursula von der Leyen ist in Brüssel und der Feminismus von Annegret Kramp-Karrenbauer lädt sie nicht gerade zum Verweilen ein. Profitieren können davon vor allem die Grünen.

Diese neuen Unterstützerinnen untermauern auch den zweiten Faktor für einen möglicherweise anhaltenden Erfolg der Grünen: die neu gewonnene Führungsposition der Grünen im linksliberalen Lager. Zum ersten Mal in der Geschichte der Meinungsforschung in der Bundesrepublik haben sich die Grünen in Umfragen – konsistent und bei allen relevanten Instituten – vor der SPD festgesetzt. Das haben die Grünen bei ihrem letzten Höhenflug 2011 nicht geschafft.

Bemerkenswert ist auch, wie lange dieser Führungswechsel nun schon anhält: seit mehr als 40 Wochen. In den Musikcharts wären die Grünen damit schon lange kein One Hit Wonder mehr. Als stärkste politische Kraft im linksliberalen Lager werden die Grünen für Wählerinnen und Wähler attraktiv, die normalerweise eher die politische Konkurrenz unterstützen und insbesondere die SPD gewählt haben. Denn mit einer Stimme für die Grünen wählt man nicht nur eine Partei aus diesem Lager, sondern unterstützt damit auch die Partei der möglichen nächsten Kanzlerin oder des nächsten Kanzlers.

Aus der Forschung wissen wir, dass Parteien, die glaubhafte Kandidierende für die Regierungsspitze stellen, attraktiver sind als Parteien, die keine entsprechenden Kandidierenden haben (weil sie keine aufstellen oder weil sie nicht glaubhaft sind). So bekommen die Führungsparteien der konkurrierenden politischen Lager noch einen zusätzlichen Stimmenbonus von Wählerinnen und Wäh-

lern, die neben einer Partei auch strategisch für oder gegen eine mögliche Regierungskoalition samt Kanzlerschaft stimmen.

Zum Beispiel von FDP- oder SPD-nahen Wählerinnen und Wählern, die beispielsweise nicht Annegret Kramp-Karrenbauer als Kanzlerin in einer Deutschlandkoalition wollen. Diese müssten dann schon für die Grünen stimmen. Die Kombination, dass eine Stimme für die stärkste Partei im präferierten Lager gleichzeitig Auswirkungen auf eine mögliche Regierungskoalition samt

Die Grünen müssen die K-Frage klären. Sie ist keine leichtfertig ritualisierte Politik

Kanzlerschaft hat, führt selbst bei Parlamentswahlen mit Verhältniswahlssystem zu Konzentrationseffekten, von denen die stärksten Parteien der politischen Lager regelmäßig profitieren.

In Deutschland sieht man diesen Effekt etwa am Aufstieg der Grünen in Baden-Württemberg. Vor der Wahl 2011 war die Führungsposition im linksliberalen Lager umkämpft zwischen SPD und den Grünen mit jeweils eigenen Spitzenkandidaten. Die Grünen waren bei der Wahl 2011 aber etwas erfolgreicher als die SPD.

Nach der Wahl änderte sich nur die Tatsache, dass von nun an der bisher einzige grüne Ministerpräsident regiert. In Kombination von zweifelsfrei populärem Kandidaten und dem Amt wurde die Führungsposition der Grünen glaubhaft ausgebaut und die Partei hängt seither die SPD in den Umfragen klar ab. Diesen Bonus als Führungspartei des linksliberalen Lagers, den die Grünen momentan einstreichen, können sie natürlich wieder leicht verspielen, etwa wenn sie die damit einhergehenden neuen Herausforderungen nicht ernsthaft annehmen.

Gerade eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihrer zugewachsenen neuen Rolle als Führungskraft im linksliberalen Lager muss dazu führen, dass die Grünen die K-Frage klären und diese nicht leichtfertig als ritualisierte Politik abtun. Wenn die Grünen ihre neue Rolle allerdings glaubhaft annehmen, dann spricht aus unserer Sicht viel dafür, dass sich der derzeitige Hype der Grünen bei der nächsten Wahl wirklich auf hohem Niveau in Stimmen umsetzen lassen kann.

Drohung trifft auf taube Ohren

Zum Gesprächsstil des US-Botschafters

VON MALTE LEHMING

Der amerikanische Präsident Donald Trump hat ein gewisses Talent, mit der 3-P-Methode zum Erfolg zu kommen. Die drei Ps stehen für Pöbeln, Poltern, Polarisieren. Mit den drei Ps gelangte Trump ins Weiße Haus, zog die Steuersenkung durch und hievte den konservativen Brett Kavanaugh in den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. Für die USA mit ihrem Zweiparteiensystem, wo knappe Mehrheiten oft durch Mobilisierung der eigenen Klientel entstehen, sind die drei Ps wie gemacht.

Etwas anders sieht es in der Weltpolitik aus. Dort herrschen kompliziertere Gesetzmäßigkeiten. Als Mittel der Diplomatie jedenfalls bewirken die drei Ps meist das Gegenteil des Beabsichtigten.

Der amerikanische Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, ist „his master's voice“, Trumps Stimme und Sprachrohr. Zu seiner Lieblingsbeschäftigung gehört das Drohen. Auf den Plätzen zwei und drei rangieren das Beleidigtsein und die Verärgerung. Das fängt bei der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 an, zieht sich über das Zweiprozentziel für die deutschen Verteidigungsausgaben und hört bei der Forderung nach einer Beteiligung der Bundeswehr an der US-geführten Mission zum Schutz des Handelsverkehrs durch die Straße von Hormus nicht auf.

„Steht ihr noch an der Seite des Westens?“, fragt Grenell dramatisch klingend die Bundesregierung, obwohl bislang außer den USA nur ein weiteres westliches Land – Großbritannien, jetzt unter Ministerpräsident Boris Johnson – bei der Mission im Persischen Golf mitmacht. Wegen der Weigerung der Groko, die Verteidigungsausgaben nennenswert zu erhöhen, droht Grenell mit Konsequenzen und erinnert aktuell daran, dass „der US-Steuerzahler weiter mehr als 50 000 Amerikaner in Deutschland bezahlt“. Bei deutschen Unternehmen wiederum, die sich an Nord Stream 2 beteiligen, stellt Grenell Sanktionen in Aussicht.

Der Botschafter weiß, dass sein Präsident in Deutschland sehr unbeliebt ist. Trump vertrauen, laut einer Umfrage des US-Forschungsinstituts Pew Research Center, nur zehn Prozent der Deutschen. Ein kluger Diplomat berücksichtigt solche Stimmungen. Ihm ist bewusst, dass öffentlich erhobene Forderungen unbeliebter Menschen meist Widerstände provozieren. Man könnte es auch Trotzreaktionen nennen. Kein Mitglied der Bundesregierung kann sich zurzeit den Vorwurf leisten, Trumps (oder Grenells) Pudel zu sein.

Das erschwert und belastet die inhaltliche Diskussion. Die US-Regierung mag durchaus nachvollziehbare Argumente haben. Doch weil sie lieber mit harten Bandagen kämpft, verstärkt sie die Abwehrreflexe. Trotz ist ein schlechter Ratgeber. Aber auch Politiker sind nur Menschen.

ANZEIGE

EVENT

TAGESSPIEGEL

REBUM COGNASCERE CAUSAS

GENUSS MENÜ 2019

RESTAURANT VOLT

Ein Gourmetabend der Extraklasse von Tagesspiegel Genuss!

Besuchen Sie mit dem „Genuss Menü“ die feinsten und exklusivsten Restaurants der Stadt und erleben Sie mit uns die ausgefeilten Kochstile der größten Küchenchefs Berlins. Freuen Sie sich auf ein Menü in fünf Gängen im Restaurant VOLT, direkt am Paul-Lincke-Ufer, serviert von Küchenchef Matthias Gleiß. Die begleitenden Weine kommen aus Rheinland-Pfalz vom Weingut HEES.





Unterstützt von:




VOLT

RESTAURANT

Menü mit Getränkebegleitung: 129 €

Jetzt anmelden!

Mittwoch, 28. August 2019, 19 Uhr

Tel.: (030) 33 84 02 320
www.restaurant-volt.de
Stichwort: Genuss Menü